

## Resolution

### „Klimagerechtigkeit jetzt – Freikaufen gilt nicht!“

Kopenhagen war eine klimapolitische Bankrotterklärung der Staats- und Regierungschefs. Nach über zwei Jahren Verhandlungen kam es nicht zu einem wirksamen und gerechten Abkommen, sondern lediglich zu einer mehr oder weniger substanzlosen politischen Absichtserklärung (Copenhagen Accord). Das Ergebnis von Kopenhagen gefährdet die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen insbesondere in den ärmsten Ländern der Erde. Schuldig für das Scheitern sind die Industrieländer, allen voran die USA, welche zu keinem Zeitpunkt bereit waren, angemessene Reduktionsziele und Finanzmittel vorzulegen. Die ins Spiel gebrachten CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele sind dem Klimawandel völlig unangemessen und ein Affront gegenüber den Entwicklungsländern. Diese haben den Klimawandel nicht verursacht, sind aber durch zunehmende Dürren, Überschwemmungen und Ernteeinbrüche die Hauptleidtragenden. Auch Deutschland und die EU versäumten es, das europäische Reduktionsziel frühzeitig auf die mindestens notwendigen 40% bis 2020 zu erhöhen und sich somit an den wissenschaftlichen Vorgaben zu orientieren. Stattdessen verharren sie auf einem gesamteuropäischen Reduktionsziel von 20%.

Der Klimawandel wartet nicht auf die Entscheidungen der Politik, sondern schreitet stetig voran. Das Pokern der Industriestaaten um die globale Klimazukunft und den Erhalt der Natur ist inakzeptabel und höchst riskant. Mit den gegenwärtig vorgelegten Reduktionszielen steuern wir auf einen Erwärmungspfad von 3-4 Grad zu.

Ebenso wichtig wie die Reduktionsziele selbst ist die Struktur, unter der diese Ziele erreicht werden müssen. Und hier bieten die bestehenden und verhandelten Vertragstexte Schlupflöcher<sup>1</sup>, die es zu schließen gilt. Ein Beispiel ist die ungenügende Bilanzierung von Emissionen der Landnutzung und Forstwirtschaft. Allen voran steht aber die Möglichkeiten der Industriestaaten, sich über die Finanzierung von vermeintlichen Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern („Clean Development Mechanism“/CDM) von der eigenen Verantwortung freizukaufen. Der CDM untergräbt den dringend notwendigen energetischen Strukturwandel. Vergleicht man die rechnerischen Potentiale durch die Ausnutzung von Schlupflöchern mit den gegenwärtigen Reduktionsversprechungen der Industriestaaten bis 2020, so könnte es in diesen Ländern sogar zu einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen kommen.

Ende des Jahres werden bei der Vertragsstaatenkonferenz in Cancún/Mexiko (COP 16) die formellen Verhandlungen fortgesetzt. Die Zeit ist knapp, denn 2012 läuft die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls aus.

Vor diesem Hintergrund fordert die Bundesdelegiertenversammlung des BUND von der Bundesregierung und der internationalen Staatengemeinschaft:

- Die Industrieländer müssen dafür sorgen, dass die Emissionen drastisch sinken – in den Industrienationen um mindestens 40% bis 2020 und 95% bis 2050 (gegenüber 1990). Gleichzeitig müssen sie durch finanzielle und technologische Hilfe die Entwicklungs- und Schwellenländer dabei unterstützen, einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen. Mittel- und langfristig müssen immer mehr Länder absolute Reduktionsverpflichtungen übernehmen.

---

<sup>1</sup> Überallokation von AAUs für Transitionsstaaten, sog. „hot air“; die Verbuchung der Landnutzung und Forstwirtschaft/LULUCF, die Emissionen des intern. Flug- und Schiffsverkehrs/„Bunkers“, Verschmutzungszertifikate aus Entwicklungsländern/CDM.

## „Klimagerechtigkeit jetzt – Freikaufen gilt nicht!“

---

- Emissionsminderungen müssen vor Ort erreicht werden und dürfen nicht durch den Kauf von Zertifikaten formal erfüllt werden. Der Clean Development Mechanism (CDM) ist nicht reformierbar und gehört abgeschafft. Von jeglichen Ausbauplänen des internationalen Zertifikatmarktes (z.B. durch REDD oder sektorale Lösungen) muss abgesehen werden. Fossile Energieproduktion, Atomkraft und CCS werden als CDM-Projekte ausgeschlossen.
- Übergeordnetes Ziel bei der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) muss die Beibehaltung der Senken – und die Vergrößerung der Speicherfunktion für Klimagase sein. Die Anrechnung von Emissionen und Entfernung von CO<sub>2</sub> muss dem entsprechen, was tatsächlich in der Atmosphäre bleibt. Zur Schließung dieses potentiellen Schlupfloches gilt es eine langfristige historische Referenzgröße zu wählen statt projektierter Referenzwerte, die eher den Wünschen der Holzwirtschaft entsprechen als der Klimarealität.

Unabhängig von den Entwicklungen auf internationaler Ebene muss die Bundesregierung vorangehen und sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene heimische Reduktionsmaßnahmen forcieren. Der BUND fordert von der Bundesregierung:

- Die Erhöhung des konditionslosen Reduktionsziels der EU auf 30% bis 2020 als Schritt in Richtung der notwendigen CO<sub>2</sub>-Einsparungen.
- Eine drastische Deckelung von CDM-Zertifikaten ab 2012 im Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) sowie in den Bereichen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Die Übertragung von überschüssigen CDM-Zertifikaten in die 3. Verpflichtungsperiode des EU-ETS ist zu unterbinden.
- Der Ausschluss von Zertifikaten aus Senkenprojekten und Projekten mit Industriegasen (HFC-23, N<sub>2</sub>O, NF<sub>3</sub>), Megastaudämmen sowie der fossilen Energieproduktion zur Erfüllung der Reduktionsverpflichtungen im EU-ETS und in den Nicht-Emissionshandelsbereichen.<sup>2</sup>
- Den Verzicht auf eine aktiver Förderung oder Hilfestellung für deutsche CDM-Projekte sowie die Schließung der Joint Implementation Koordinierungsstelle (JIKO). Die Projektprüfung von deutschen CDM-Projekten durch die Deutsche Emissionshandelsstelle soll wieder vollständig von Verwaltungsgebühren getragen werden. Die Finanzierung über Versteigerungserlöse des EU-ETS ist zu beenden.

---

<sup>2</sup> Gleiches gilt für Atom- und CCS-Projekte im Falle einer internationalen Anerkennung.